

Bericht zur Generalversammlung 2008/2009

Zuversicht ist nun oberstes Gebot und Bürgerpflicht

Wenigstens die Krisenrhetorik hat derzeit Konjunktur. Finanzkrise ist das „Wort des Jahres 2008“. Auch Rezession, Depression und Wirtschaftskrise sind mittlerweile gängige Begriffe in den aktuellen Diskussionen. Das größte Schreckgespenst indes ist die Deflation. Die Angst davor steckt an: Wie aus der jüngsten Konjunkturumfrage des Institutes der Wirtschaft Köln hervorgeht, erwarten nunmehr fast 34 % der deutschen Unternehmen für 2009 schrumpfende Investitionen im eigenen Betrieb. Zudem werden wohl rund 35 % der Betriebe nicht umhinkommen, Stellen abzubauen.

Das wir in einer Krise stecken ist nicht zu leugnen. In der Sprache der Mediziner bezeichnet man als Krise jene Zuspitzung einer gefährlichen Krankheit, in der sich das Blatt entweder die Genesung oder zum komplette Zusammenbruch führt.

Als gefährliche ökonomische Krankheit kann man die Verwerfungen durchaus bezeichnen, die in Folge der amerikanischen Immobilienpreisblase auf dem internationalen Finanzmärkten entstanden sind und die nun auf die Realwirtschaft übergreift. Diese internationale Entwicklung verbindet sich nun in Deutschland mit einem konjunkturellen Abschwung – der nach einer Phase kräftigen Wirtschaftswachstums und Beschäftigungsaufbaus ohnehin anstand- zu einer Rezession. Bereits im zweiten Quartal 2008 war das deutsche Bruttosozialprodukt um 0,4% im Quartalsvergleich gesunken, im dritten Quartal bereits um 0,5%. Die Prognosen für 2009 sind dementsprechend nicht besser sondern rechnen mit einem Minus von fast 4%.

Bei der aktuellen Betrachtung muss man davon ausgehen, dass aktuelle von zwei Seiten Gefahren drohen. Erstens wenn sich zur Rezession eine Deflation hinzugesellt – eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale von Preisen, Gewinnen, Investitionen und Nachfrage – und wenn die Politik entsprechend falsche Antworten darauf gibt.

Eigentlich müsste es willkommen sein, wenn Preise sinken und das Geld auf diese Weise an Wert gewinnt. Das ist theoretisch auch so. Gerade die Kostenentlastungen, die Unternehmen wie Konsumenten derzeit durch den Einbruch der Rohstoffpreise zufallen, bilden ein Gegengewicht zum allgemeinen Abschwung.

Doch wir müssen realistisch sein. Eine Deflation bleibt selten ohne realwirtschaftliche Auswirkungen, weil sich die relativen Preise stark verändern. Es kommt zu veränderten Kaufverhalten, die zum Rückgang der Nachfrage führt. Mit dieser Entwicklung ist ein Umsatzrückgang verbunden, der beeinträchtigt die Unternehmen im Bemühen um Kostendeckung- es entsteht eine Überproduktion. So zieht die sinkende Nachfrage Auftragsbestände, Produktion, Investition und Beschäftigung in einen Strudel hinab.

Wenn wir ehrlich sind, so hat diese Entwicklung uns bereits eingeholt und der Nachfrageeinbruch bereits stattgefunden.

Weil niemand vorhersagen kann, wie sich die Krise weiter entwickelt und wie stark unser Land betroffen sein wird, kommt es jetzt vor allem darauf an, besonnen und mit Augenmaß zu handeln, das Richtige zu tun und das Falsche zu unterlassen.. Der politische Kompass sollte an den richtigen Zahlen ausgerichtet werden. Es geht unserer Meinung nach um die Sicherung der Arbeitsplätze.

Dazu sind wichtige Eckpunkte in der Mittelstandspolitik notwendig. Wir sind daher der Auffassung; Panikmache hilft nicht nur niemandem, sie ist auch unangemessen und psychologisch fahrlässig. Es ist gerade in der prekären Situation wichtig, dass die Unternehmen gestärkt werden und dies auch so empfinden können. Hier ist, wie bereits erwähnt, die Politik gefragt, einen klaren Ordnungsrahmen zu schaffen, der auf den Märkten das Vertrauen wiederherstellt. Damit das klappt, muss zuallererst die Politik selber stetig, berechenbarer und zuverlässig sei. Wir vertreten die Meinung, dass wenn unsere Bundesregierung den Sirenenklängen mancher nach Subvention rufender Branchen erliegt, trägt dies nicht gerade als vertrauensbildende Maßnahme bei. Steuersenkungen wären da schon etwas anderes. Wenn den Unternehmen auch noch abverlangt wird, ihren Beschäftigungsstand zu halten, komme was wolle, dann strickt man uns in die Kommandowirtschaft – die mit Pauken und Trompeten 1989, wie jedem bekannt gescheiter ist.

Wir müssen ein für allemal damit aufhören, in breiten teilen unserer Gesellschaft ist die grundsätzliche Antihaltung gegenüber dem Unternehmertum zu akzeptieren. Starke politische Kräfte versuchen, eine marktwirtschaftlich orientierte Politik als unsozial zu diffamieren und stattdessen eine neosozialistische Politik durchzusetzen. Damit sinkt aber die Bereitschaft selbst unternehmerische Verantwortung zu übernehmen auf Null - wird also bereits im Keim erstickt.

Unternehmertum und Selbständigkeit sind in Deutschland nur wenig geschätzte gesellschaftliche Attribute.

Im Gegenteil: Selbständige und Unternehmer werden häufig als notwendigerweise geduldeten Institutionen mit bösen Absichten begriffen, denen ausschließliche Pflicht es ist, für Arbeitsplätze und Absicherung vielen Grundbedürfnisse zu sorgen.

Eine zukunftsgerichtete nachhaltige Politik muss aus Sicht des Bundes der Selbständigen ganz besonders an den Problemen der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet sein. Sie tragen in ihren gemeinden und in ihren Unternehmen große soziale und gesellschaftliche Verantwortung.

Wer Selbständigkeit fördert will, muss den Selbständigen mehr Achtung und Fairness gegenüber bringen. Er muss Rahmenbedingungen schaffen, die solche Attribute unterstreichen und fördern. Nur wenn unternehmerisches Risiko sich auch lohnt, können die Unternehmen ihre Rendite beispielsweise durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und soziales Engagement als Gegenleistung an die Gesellschaft zurückgeben.

.

Man kann jedoch nur etwas zurückgeben, wenn sich vorher einiges im Positiven bewegt.

Die Stimmung bei Bürgern und Betrieben hat sich aufgrund der weltweiten Finanzkrise sehr verschlechtert, und die Verunsicherung ist bei vielen gestiegen.

Die Sorge um den Arbeitsplatz und das ständige anziehen der Steuer- und Abgabenschraube führt zu Attentismus bei Verbrauchern und Investoren. Nicht lebensnotwendige Ausgaben werden auch weiterhin immer mehr zurückgestellt bzw. gestrichen.

In diesem Zusammenhang muss man auch ein Augenmerk auf die ansteigende Zahl der Insolvenzen legen. Deutschland liegt mit 96 Insolvenzfällen auf 10.000 Unternehmen leicht über dem europäischen Mittelwert. Während die Privatinsolvenzen im Jahr 2008 etwas zurück. In Deutschland fiel der Rückgang der Privatinsolvenzen mit 6,4% etwas geringer aus als europaweit. Die absolute Verringerung beträgt knapp 9.000 Personen. Trotz dieser Abnahme weist Deutschland immer noch die meisten Fälle auf (126.900).

Lassen Sie uns diese etwas näher betrachten. In Deutschland ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2008 erstmal seit fünf Jahren wieder angestiegen. Im Verlaufe des Jahres 2008 mussten knapp 30.000 Unternehmen den Gang zum Insolvenzrichter antreten. – gut 2% mehr als im Vorjahr. Wir sind uns daher wohl einig, dass 2009 ein schwieriges Jahr für die deutsche Wirtschaft werden wird.

Da viele Unternehmen ihre Geschäftserwartungen nach unten revidiert haben, die Finanzsituation der Unternehmen sich weiter verschlechtern wird und die Forderungsausfälle steigen werden, sind Kreativität und Flexibilität gefragte Attribute für die wirtschaftliche Entwicklung. Davon ausgehend ist es notwendig erneut darauf zu verweisen, dass die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen kleine und mittlere Betriebe sind. In Deutschland sind es 82 % alle Unternehmen, die eine Mitarbeiterzahl von 20 haben.

Leider hat es sich auch in den letzten Monaten bewiesen, dass es gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind, die als Einzige in der Lage sind Arbeitsplätze zu schaffen, mittlerweile werden weit über 80% der Lehrlinge ausgebildet und es sind insgesamt mehr als 760 % aller Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt.

Das erklärt, warum jede Partei um die Gunst der kleinen und mittleren Unternehmen buhlt. Aber was wird wirklich für diese Säule der Wirtschaft getan.

Traurige Wahrheit ist immer noch, dass sich die Rahmenbedingungen nur minimal verändert haben. Die Ursachen wie zu hohen Lohnzusatzkosten, das komplizierte Steuersystem und ein zu restriktives Arbeitsrecht wurden nicht beseitigt. Sie schränken die Handlungsfähigkeit und Handlungsspielräume des selbständigen Mittelstandes erheblich ein.

Unternehmerische Selbständigkeit gilt es dabei besonders zu fördern, d.h. materiell ebenso wie immateriell. Denn eines ist klar erkennbar, ohne eine richtige persönliche Einstellung zu Eigenverantwortung und Initiative ist der Weg nicht zu meistern.

Der Bund der Selbständigen als größter branchenübergreifender Mittelstandsverband, fordert deshalb nachdrücklich die politisch Verantwortlichen zum Handeln auf. Wir brauchen mehr denn je in der heutigen Situation eine Kultur der Selbständigkeit.

Lassen Sie uns nun einige Ausblicke auf unser Bundesland Hessen wagen.

Nach dem turbulenten Jahr haben wir in Hessen endlich wieder die Möglichkeit uns den wichtigen Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung zu zuwenden.

Wirtschaftlich steht Hessen auch in diesem Berichtszeitraum gut da. Die gute Konjunktur und Auftragslage der Unternehmen wirkt sich immer stärker auch am Arbeitsmarkt aus.

Viele kleine und mittlere Unternehmen – also unser Klientel prägen die hessische Wirtschaft. Sie haben die entscheidende Bedeutung für Beschäftigung, Ausbildung, Versorgung und Innovationen.

Die Infrastrukturpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich zahlreiche nationale und internationale Verteilzentren hier angesiedelt haben. Nach wie vor ist Hessen das Bundesland mit der höchsten Wirtschaftskraft pro Kopf und der höchsten Arbeitsproduktivität. Dies wird deutlich im Vergleich aller Bundesländer.

Im Vorjahresvergleich konnte die Arbeitslosenquote von 8,7 % auf 6,8 % gesenkt werden. Besonders erfreulich ist zu bemerken, dass sich die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen bemerkbar macht.

In unserem Bundesland arbeiten über 2/3 aller Beschäftigten und über 75 % der Auszubildenden in mittelständischen Unternehmen. Auch auf dem Lehrstellenmarkt macht sich ein positiver Trend bemerkbar. Über 4.000 neue Ausbildungsplätze konnten zusätzlich 2008 zur Verfügung gestellt werden.

Leider mussten auch in diesem Jahr einige unserer Betriebe die Pforten schließen. Ein Grossteil aber, konnte sich trotz der Konzentrationstendenzen in traditionellen Wirtschaftsbereichen wie Industrie, dem Einzelhandel oder den Verkehrsdienstleistungen gegenüber marktmächtigen Konkurrenten behaupten.

In jungen Märkten für spezielle Produkte oder unternehmensnahe Dienstleistungen entwickeln sich kleine und mittlere Unternehmen ausgesprochen dynamisch. In diesen Bereichen entstand sogar ein neuer Kern des hessischen Mittelstandes.

Auch für uns ist es wichtig dieser Entwicklung Rechnung zutragen.

In unserem Land wird eindeutig auf den Mittelstand als „Rückgart“ unserer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgegriffen. Wenn wir davon ausgehen, dass ca. 98 % aller Unternehmen zum heutigen Mittelstand gehören, ist wohl verständlich, dass dieser Entwicklung ungeteilte Aufmerksamkeit zukommen muss. Hier wird deutlich, dass neue Arbeits- und Ausbildungsplätze nur im Bereich der mittelständischen Unternehmen geschaffen werden. Deshalb gilt es auch weiterhin, bewährte Regelungen und Entwicklungen konsequent weiter zu verfolgen.

Auch in unserem Bereich hat die neue strukturelle Entwicklung des Mittelstandes ein etwas anderes Klientel hervorgebracht, dem wir Rechnung tragen müssen, um als Verband unsere Dasein Berechtigung zu heben.

Das ursprüngliche Handwerk gerät erheblich unter Veränderungsdruck. Der Wettbewerb mit Industrie und Handel sowie die stagnierende Verbrauchernachfrage lassen die Anzahl der handwerklichen Betriebe in den vergangenen Jahren enorm schrumpfen. Dafür entstehen andere Gewerke, die in neue Richtungen sich etablieren.

Unser Ziel, die Arbeit des Verbandes in Nordhessen zu verbessern, konnte leider nicht so umgesetzt werden wie gewünscht. Gelingt es verstärkt Einzelmitglieder in diesem Bereich zu gewinnen, ist es leider noch sehr schwer, Gewerbevereine für die Zusammenarbeit im Interesse des selbständigen Mittelstandes zu gewinnen.

In Südhessen – wo die meisten Mittelständischen Unternehmen angesiedelt sind – konnte der Organisationsgrad des BDS/DGV weiter verbessert werden. Auch hier ist das Problem die Gewinnung von Gewerbevereinen.

Auch im vergangenen Jahr schenken wir der Zusammenarbeit zwischen den Ländern große Bedeutung. Leider mit unterschiedlichem Erfolg bzw. Ergebnis.

Schwerpunkte bei dieser Arbeit bilden die Regionen Rhein – Neckar (Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg – Hessen und Rheinland-Pfalz) und die Rhein-Main Region – um Frankfurt/Hanau – Rheinland-Pfalz.

In diesem Zusammenhang werden auch die einzelnen Landesverbände des BDS/DGV ihre Zusammenarbeit verstärken müssen.

Leider kam es zwischen den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen zu einigen schwerwiegenden Problemen, die die Zusammenarbeit sehr erschweren, da auch keine Lösung in Aussicht ist.

Dafür entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen Thüringen / NRW stetig weiter, was für die Wirkung des Verbandes nach Außen sehr wichtig ist.

Wir sehen, es ist ein breites und umfangreiches Betätigungsfeld, was wir uns als Grundlage unserer Tätigkeit gesucht haben. Alle möglichen Aufgaben sind aber nur zu lösen, wenn unser Verband einheitlich geschlossen agiert.

Wir reichen allen die Hand, die bereit sind mit uns für ein starken Verband und für ein weiteres Wachstum unserer Wirtschaft arbeiten wollen.

Wir möchten uns auch an dieser Stelle für die seit Jahren gute und konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Partnern bedanken.

Stichpunktartiger Arbeitsbericht des Berichtszeitraumes vom 04. Juni 2008 bis 29. April 2009

1. Einladungen und Protokolle

- * **Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 09. Juli 2008**
verschickt am 02. 07. 2008
Protokoll der Landesausschusssitzung/Vorstandssitzung 14. 05. 2008
Protokoll VmA 2007/2008

- * **Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 10. September 2008**
verschickt am 02. 09. 2008
Protokoll der Gesamtvorstandssitzung vom 09.07.2008
Protokoll Generalversammlung 04. 06. 2008
Aus- und Weiterbildung als Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung
Sozialausschusssitzung 15. 08.2008

- * **Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 15. Oktober 2008**
verschickt am 23. 09. 2008
Protokoll der Gesamtvorstandssitzung vom 10. September 2008
Bürokratieabbau - Arbeitsgrundlage
Auswertung Bundesverbandstag in Dortmund 25./ 26. September 2008
Schwerpunkt arbeit: Mitgliederwerbung – Möglichkeiten und Strategien

- * **Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 12. November 2008**
verschickt am 05. 11. 2008

Protokoll der Gesamtvorsitzung vom 15. Oktober 2008
Mittelstandstag Rhein-Neckar
Neue Vertragspartner für unseren Dienstleistungssektor
Schwerpunkt erneut: Mitgliederwerbung

- * **Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 10. Dezember 2008**
verschickt am 02. 12. 2008
Protokoll der Sitzung vom 12. November 2008
Auswertung Mitgliederentwicklung 2008
Sitzungsplan 2009

* Sitzung im Januar 2009 wurde nicht durchgeführt

* Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 11. Februar 2009
verschickt am 03. 02. 2009

Protokoll Sitzung vom 10. Dezember 2008
Problem Gewinnung neuer Partner für unserer Dienstleistungsangebot
Gestaltung und Nutzung Netzwerk BDS
Konjunkturumfrage Mittelstand 2008
Einladung Generalversammlung 29. 04. 2009 in Dreieich
Problem Mitgliederwerbung !

* Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 11. März 2009
verschickt am 03. 03. 2009

Protokoll der Sitzung vom 11. Februar 2009
Weitere Vorbereitung Generalversammlung 2009

* Einladung zur Sitzung des Gesamtvorstandes am 08. April 2009
verschickt am 02. 04.2009

Protokoll der Sitzung vom 11. März 2009
Weitere Vorbereitung Generalversammlung 2009
Mitgliederentwicklung
Bilanzen 2008 und Vorbereitung der Rechnungsprüfung

* Rechnungsprüfung am 15. April 2009 in den Räumen der Geschäftsstelle

2. Informationsmaterial

Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Informationsgrundlagen für die Mitglieder des Verbandes neu- bzw. überarbeitet.

- * Gesundheitsreform – Arbeitsgrundlage Was tun?
- * Brief an den Hess. Wirtschaftsminister – zur Erbschaftssteuer
- * Analyse der Vereinbarung der Koalitionsgruppe zur Umsetzung der Maßnahmen in der Alterssicherung
- * Analyse – Rentenreformgesetz und betriebliche Altersversorgung
- * Die wesentlichen Veränderungen durch die Gesundheitsreform 2007
- * Mitarbeiterbeteiligung
- * Bürokratieabbau
- * Krankentagegeld für Selbständige
- * Künstlersozialabgabe

- * Positionspapiere:
 - Berufsgenossenschaften
 - Leitbild des Handwerks
 - Offenlegungspflicht Bilanzen
 - Bildungspolitische Ansätze aus Sicht des Mittelstandes
- * Berufsausbildung – Aussichten für den Nachwuchs
- * Reform der Pflegeversicherung
- * Reform der Erbschaftssteuer
- * Überarbeitung der Aufstellung von hessischen Gewerbevereinen
- * Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009 des BDS

3. Presseerklärungen

Im Zuge der aktuellen Tätigkeit und der aufgetretenen Probleme wurden seitens der Landesgeschäftsstelle die verschiedensten Presseerklärungen erarbeitet und an die entsprechenden Medien verteilt.

4. Pressekonferenz

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde je ein Pressegespräch in der Vorbereitung und Auswertung des Landesverbandstages durchgeführt. Erneut geplant wurde zum Thema Bedeutung Ziele und Aufgaben des BDS/DGV ein Pressegespräch gestaltet – konnte bisher noch nicht realisiert werden.

5. Rundschreiben

**Anschreiben zur Neugewinnung von Mitgliedern an alle Gewerbe- und Interessengemeinschaften im Land Hessen
Vorstellung neuer Dienstleistungen des BDS/DGV LV Hessen für alle Mitglieder**

Teilnahme an verschiedenen Podiumsdiskussionen auf Bundes- und Landesebene. Im Berichtszeitraum wurden erneut gemeinschaftliche Veranstaltungen mit der MIT durchgeführt.

Wir gehen davon aus, dass ein vielfältiges Informationsangebot und eine kostenlose Dienstleistungen - die in immer stärkerem Maße von unseren Mitgliedern genutzt werden - eine wichtige Grundlage für die Mitglieder unseres Verbandes darstellt.

Die Landesgeschäftsstelle dient nicht nur in diesem Zusammenhang als Kommunikationszentrum sondern auch als Treffpunkt für einen individuellen Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern und dem Landesvorstand.